

Damit der Bus stets Vorfahrt hat

MARATHONDEBATTE Der Gemeinderat hat gestern lange über Massnahmen diskutiert, damit die Busse weniger oft im Stau stecken bleiben. Das sei ja alles gut und recht, fanden einige, aber die Autofahrer dürften dadurch nicht benachteiligt werden.

Die Verkehrspolitik ist und bleibt ein Zankapfel in Winterthur. Da machte der Stadtrat doch einen Vorschlag, wie man den Bus beschleunigen könne, damit er weniger oft im Stau stecken bleibt. Ein ganzes Massnahmenpaket legte der bürgerliche Stadtrat mit seinem SVP-Bauvorsteher vor: anders getaktete Grünphasen, Bussspuren, am Altstadtrand neue Lichtsignale für Fussgänger (Bilder rechts), die dann Grün bekommen, wenn der Verkehrsfluss mal Pause hat. Zum Konzept gehört auch, dass es an einigen Stellen sogenannte Fahrbahnhaltestellen gibt, wo die Autos beim Busstopp hinter dem Bus warten müssen, damit dieser vorne dann freie Fahrt hat. Und einige Linksabbieger an Kreuzungen wollte der Stadtrat unterbinden.

Jeder im Rat ist ein Verkehrspolitiker. Nur Frauen meldeten sich nicht zu Wort, es war eine Männerdebatte.

Diese letzten beiden Punkte, die wollten die bürgerlichen Verkehrspolitiker im Gemeinderat nicht schlucken. Und weil ja jeder im Verkehr unterwegs ist, war gestern praktisch jeder ein Verkehrspolitiker. Auffallend: Frauen meldeten sich nicht zu Wort, es war eine reine Männerdebatte.

Zweifel von SVP, FDP und CVP

Im Grundsatz gabs von fast allen Seiten (ausser vom Piraten) Lob für das Gesamtpaket des Stadtrats und für dessen Ausgewogenheit. Im Detail aber hatten FDP, SVP und CVP gleichwohl Einwände. Pascal Rütsche wünschte namens der SVP, man möge auf die Fahrbahnhaltestelle stadtauswärts beim Fotomuseum verzichten. Das sei ein «Hindernis für Autos und Rettungsfahrzeuge», sagte er.

Auch die Buspriorisierung bei der Einfahrt Stadthausstrasse in die General-Guisan-Strasse (siehe Bild) brauche es nicht, weil die Autofahrer dem Bus dort ohnehin den Vortritt gewähren würden.

Zeno Dähler, der EDU-Mann in der CVP-Fraktion, verlangte: Am Zwingliplatz im Deutweg sei alles so zu lassen, wie es ist. Der Stadtrat will dort einige Linksabbieger unterbinden, um die Hauptachse Stadt-Seen schneller und flüssiger zu machen. «Das bringt nichts für die Busse», sagte der Mattenbacher Busbenutzer Dähler und zweifelte daraufhin auch noch an, dass es so etwas wie Stau und Stauverzögerungen in Winterthur überhaupt gebe.

Stefan Feer (FDP) seinerseits zweifelte die Kompetenz der Verkehrsplaner an. Insbesondere ein Linksabbieger am Knoten Zwingliplatz wollte der Breite-Bewohner Feer erhalten (und erhielt Unterstützung vom anderen Freisinnigen, der in der Breite wohnt, Christoph Magnusson): Ihnen ist der Linksabbieger Richtung Pflanzschulstrasse, wenn man von der Breite via Unteren Deutweg an den Mega-Knoten kommt, heilig. Fällt der weg, sei das «eine Verschlechterung für die Leute im Mattenbach», sagte Feer. Und Magnusson: Es brauche diese Verbindung, etwa wenn er Hemden in die Reinigung am Deutweg bringe oder ins Schwümbi Geiselweid fahre.

Alle Änderungen scheiterten

Die Sprecher der SP (der Mattenbacher Benedikt Zäch), der GLP (der Mattenbacher Urs Glättli) der Grünen (der «Vater» der ganzen Busvorlage Reto Diener) und der EVP (Michael Bänninger) aber sagten unisono: Einzelne Massnahmen aus dem Konzept herauszuberechnen, gefährde die Wirkung des Gesamten. Insbesondere gelte das für das Kernstück, den Zwingliplatz. Der Bauvorsteher pflichtete dem bei.

In allen Detailfragen unterlagen daraufhin die Bürgerlichen. In der Schlussabstimmung stimmten die meisten aber trotzdem zu. 50 Ja zu 6 Nein hiess das Resultat. Nein-Sager waren die CVP-Leute, der Pirat und Magnusson. Feer enthielt sich. *mgm*



Umstritten, aber akzeptiert: Der Bus, der von der Stadthausstrasse in die General-Guisan-Strasse einbiegt, soll künftig Vorfahrt haben, ebenso Busse, die in die Stadthausstrasse einbiegen wollen. Ein neues Lichtsignal stoppt die Autos, wenn der Busfahrer dies verlangt. Die SVP wollte das nicht so haben, unterlag aber. *Marc Dahinden*



Ohne Diskussion genehmigt: Fussgänger wie diese Dame werden hier an der Technikumstrasse auf Höhe der Turmhaldenstrasse am Lichtsignal gelegentlich warten müssen, damit der Verkehr und insbesondere der Bus bei Stosszeiten die volle Grünphase ausnützen können. Heute unterbrechen Querende den Verkehrsfluss. *Madeleine Schoder*



Ohne Diskussion bewilligt: Auch hier an der General-Guisan-Strasse auf Höhe der Badgasse und des Schulhauses Geiselweid kommt es vor, dass Fussgänger den Verkehrsfluss im dümmsten Moment unterbrechen. Auch hier wird es ein neues Lichtsignal geben, das mit der Grünphase beim grossen Taleck-Knoten koordiniert ist. *Madeleine Schoder*

Ausserdem im Rat

DREI NEUE IM PARLAMENT Einer verpasste die erste Sitzung

Gestern hätten drei neue Gemeinderäte ihre neue Aufgabe antreten sollen, doch nur zwei waren da: Tobias Brüttsch (SVP) und Samuel Müller (EVP), der im Sitzplan und auch sonst überall als Sämi Müller aufgeführt wird. Am ersten Parlamentstermin passen musste Davide Pezzotta (SVP). *mgm*

KOMMISSIONEN Wechsel und Neuwahlen

Weil in den vergangenen Wochen einige Gemeinderäte zurückgetreten waren, kam es in verschiedenen Kommissionen zu Rochaden und Neuwahlen. Barbara Huizinga (EVP) übernahm den Sitz von Thomas Deutsch (SVP) in der Aufsichtskommission. Für sie rückte dafür Samuel Müller (EVP) in die Sachkommission Soziales nach. Neu in die Bürgerrechtskommission gewählt wurden die SVP-Gemeinderäte Bruno Bischof und Tobias Brüttsch. Sie ersetzen Doris Steiner und Matthias Gubler (SVP). Und ebenfalls anstelle von Doris Steiner (SVP) rückte Simon Büchi in die Theaterkommission nach. *mif*

POSTULAT Ein Controlling der Beteiligungen

Der Gemeinderat hat ohne Abstimmung ein Postulat von Iris Kuster (CVP), Urs Hofer (FDP) und Pascal Rütsche (SVP) überwiesen. Dieses verlangt nach der Frauenfelder Wärmering-Affäre ein wirksames Controlling aller Beteiligungen der Stadt Winterthur, woraus sich auch Entwicklungen, finanzieller Erfolg und strategische Zielerreichung ablesen lassen. Im Rat widersprach niemand. Der Stadtrat hat bereits erste Schritte in dieser Richtung unternommen und der Aufsichtskommission die neu erarbeiteten Richtlinien gezeigt. Das Postulat verlange aber mehr als das. Man wolle auch eine gewisse Transparenz erreichen. Stadtpräsident Künzle nahm das Postulat entgegen, wies aber daraufhin, dass es bei Beteiligungen wegen der Konkurrenzsituation problematisch sei, Interna über das Parlament abzuhandeln. *mgm*

Geld für die Jugend, auch in Randquartieren

JUGENDARBEIT Der Grosse Gemeinderat hat gestern für die Jahre 2018 bis 2021 je 405 000 Franken für zwei Projekte der Offenen Jugendarbeit Winterthur gesprochen. Die SVP blieb mit ihrem Protest fast alleine.

Die Jugendinfo Winterthur trägt der Tatsache Rechnung, dass sich heute viele Jugendliche in virtuellen Lebenswelten aufhalten. Sie sollen nicht alleingelassen werden und darum vermittelt die Jugendinfo Medienkompetenz und sorgt auch für die Vernetzung der Angebote der Offenen Jugendarbeit. Wichtiges Standbein ist eine eigens entwickelte Jugend-App mit Zugang zu Fachstellen und einem Beratungs-Chat.

Ganz in der realen Welt bewegt sich dagegen die Mobile Jugendarbeit Winterthur (Mojawi), welche die Jugendlichen dort aufsucht, wo sie sind: in Schulen, auf Plätzen und Strassen. So sollen Jugendliche mit schwierigem Hintergrund niederschwellig Ansprechpersonen finden.

Für diese beiden Angebote beantragte der Stadtrat wiederkeh-

rende Beiträge, und zwar 80 000 Franken für die Jugendinfo und 275 000 Franken für die Mojawi, je für die Jahre 2018 bis 2021 mit der Ermächtigung, den Betrag maximal zwei weitere Jahre zu verlängern. Den Beitrag für die Mojawi zahlte die Stadt schon in früheren Jahren. Die Jugendinfo dagegen wurde bisher grösstenteils von anderen Trägern finanziert, etwa dem Bund. Hier ging es um den Weiterbestand des Angebots. Bislang hatte die Stadt nur rund 20 000 Franken gezahlt.

Sennhof und Steig

Darüber hinaus beantragte der Stadtrat für zwei Jugendkioske in den Quartieren Sennhof und Steig für 2018 bis 2021 nochmals 50 000 Franken. In diesen sogenannten Lupenquartieren sei ein Angebot vor Ort dringend nötig.

Im Grundsatz waren die Angebote unbestritten. «Gegen Jugendarbeit kann man ja eigentlich nichts haben», sagte auch Simon Büchi (SVP). Trotzdem stellte er namens der SVP einen Ablehnungsantrag für die 80 000 Franken an die Jugendinfo. «Die Kosten im Sozialdepartement steigen ständig, hier haben wir jetzt mal eine Ausgabe, die nicht zwingend ist, sondern höchstens nice to have. Man sollte das Projekt deshalb privat finanzieren», fand er. Und Pirat Marc Wäcker-

«Die Jugendinfo ist nicht zwingend, höchstens nice to have.»

Simon Büchi (SVP)

lin fügte an, es brauche nicht für jeden Blödsinn eine eigene App. «Schafft lieber eine an das Handy angepasste Homepage.»

Die FDP unterstützte den Beitrag zwar, aber erst nach einem «Hin und Her», wie David Schneider sagte. «Ich habe die App getestet und bekam keine Antwort, das hat noch nicht überzeugt.» Silvana Näf (SP) dagegen betonte, dass die Jugendinfo mehr sei als «nice to have». «Die zwölf Träger der Offenen Jugendarbeit müssen sich auch vernetzen, darum braucht es dieses Angebot unbedingt.» Und die GLP fand, man wolle nicht dogmatisch jedes Ausgabenwachstum beschneiden. «Man sollte lieber dort ansetzen, wo ein Geschenk, nämlich bei der Sanierung der Pensionskasse», sagte Urs Glättli.

Stadtrat Nicolas Galladé (SP) erwiderte auf die Voten, man könne das Projekt privat finanzieren, die Offene Jugendarbeit sei bereits jetzt zu mehr als der Hälfte privat finanziert. «Aber

irgendwann ist halt mal fertig.» Letztlich wurde der Beitrag für die Jugendinfo klar gutgeheissen. Die SVP beantragte in der Folge beim Kredit für die Mojawi eine Kürzung um 50 000 Franken. «Diese Jugendkioske sind sicher eine gute Sache, aber man sollte diese Ausgaben aus dem bisherigen Kredit finanzieren, wir wollen nicht nochmals 50 000 Franken mehr ausgeben», so Büchi.

«Dafür weniger Sozialhilfe»

Renate Dürr (Grüne) konterte, Investieren in die Jugend von heute bedeute weniger Sozialhilfe für morgen. Renata Lüchinger (CVP) lobte zwar die Mojawi, warf aber ebenfalls die Frage auf, ob es die Spielkioske in Sennhof und Steig überhaupt brauche.

Galladé erinnerte daran, dass es mal ein Wunsch des Gemeinderates war, auch in den Aussenquartieren präsent zu sein. Trotz Diskussion befürwortete eine klare Mehrheit auch die beiden Kredite an die Mojawi. *mif*

OFFENE JUGENDARBEIT

Viele Gratisstunden

Wie stark die Offene Jugendarbeit in Winterthur von Freiwilligen lebt, zeigt die neue Jahrespublikation der OJA. Darin sind je sechs kirchliche und private Trägerschaften und ihre Angebote beschrieben. Nur schon in den Trägerschaften würden rund 1500 Stunden Freiwilligenarbeit geleistet, was einer Summe von rund 150 000 Franken entsprechen würde. Ohne diesen Einsatz wären, so die Kinder- und Jugendbeauftragte Mireille Stauffer, «die Angebote für die Stadt kaum finanzierbar». In anderen Städten müsse die öffentliche Hand viel tiefer in die Tasche greifen. In Winterthur erhalten die zwölf Angebote der Offenen Jugendarbeit derzeit eine gute Million pro Jahr von der Stadt, in Zürich, Basel und Bern seien es zwei bis fünf Millionen Franken. *mgm*